



HESSISCHER LANDTAG

26. 11. 2024

ASA

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antiziganismus in Hessen ächten — Melde- und Informationsstelle gegen Antiziganismus dauerhaft sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt und wendet sich gegen jede Form von Antiziganismus.
2. Der Landtag erkennt das Unrecht an, das Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus erleiden mussten. Von den 1.400 in Hessen verfolgten Sinti und Roma überlebten nur etwa 300 den Völkermord. Es gibt nicht eine Familie, die nicht vom nationalsozialistischen Völkermord betroffen war.
3. Auch nach 1945 endeten die Diskriminierung und Ausgrenzung nicht. Die Entscheidungen der Entschädigungsbehörden in Wiedergutmachungsverfahren sowie das Verhalten anderer Behörden und Institutionen machten deutlich, dass der Antiziganismus nicht überwunden war. Die nationalsozialistische Verfolgung wurde nicht als solche anerkannt, geschweige denn als Völkermord — weder von der Politik und der Justiz noch von den Kirchen und auch nicht in den Wissenschaften. Der Landtag bedauert zutiefst die Fortsetzung der Diskriminierung auch nach 1945.
4. Die nationalsozialistischen Verbrechen an Sinti und Roma wurden noch lange Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geleugnet, Unrecht fortgesetzt und Täterinnen und Täter, wie zum Beispiel Eva Justin, konnte ihre Arbeit sogar im Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt fortsetzen. Die Verfolgung der Sinti und Roma wurde nicht als solche anerkannt und es erfolgte keinerlei Gutmachung.
5. Das Land Hessen trägt auch vor dem Hintergrund des Völkermords an den Sinti und Roma, deren Verfolgung und Entrechtung, Verantwortung sich konsequent gegen jede Diskriminierung einzusetzen.
6. Das Land Hessen und der Landesverband der Sinti und Roma in Hessen haben einen Staatsvertrag unterzeichnet und der Landtag hat ihn erneut beschlossen, der ein klares Zeichen für Anerkennung, Unterstützung und gegen Diskriminierung darstellt.
7. Der Landtag würdigt das Engagement und die Arbeit des Verbands deutscher Sinti und Roma — Landesverband Hessen, des Fördervereins Roma e. V. und weiterer Initiativen. Sie leisten mit ihrer Selbstorganisation und Unterstützung einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft, für den Zusammenhalt und die Demokratie.
8. Wir müssen ein Bewusstsein für die Ursachen, Mechanismen, Auswirkungen und die notwendige Ächtung des Antiziganismus schaffen und stärken, vor ihm warnen und sichtbar gegen ihn eintreten. Die rassistischen Attentate in Hanau und im Olympia-Einkaufszentrum in München zeigen deutlich die Bedrohung auf, der Angehörige von Minderheiten ausgesetzt sind.
9. Der Landtag sieht mit großer Sorge, dass die Zustimmung zu antiziganistischen Aussagen Studien zufolge erschreckend hoch ist. Der erste Bericht der Melde- und Informationsstelle Hessen (MIA Hessen) verzeichnete 113 antiziganistische Vorfälle im Jahr 2023 in Hessen. Der Landtag unterstreicht, dass jeder Vorfall einer zu viel ist. MIA Hessen geht von einem hohen Dunkelfeld aus. Damit ist die Zahl antiziganistischer Vorfälle in Hessen vermutlich deutlich höher.

10. Mit der Melde- und Informationsstelle gegen Antiziganismus Hessen wurde eine Struktur geschaffen, die es Betroffenen ermöglicht, solche Vorfälle niedrigschwellig zu melden. Der erste Bericht von MIA Hessen zeigt, dass diese Einrichtung von immenser Bedeutung ist und ein wichtiger Schritt zu einem gleichberechtigten Leben für Sinti und Roma in Hessen darstellt. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung dazu auf, die Meldestelle MIA und ihre wertvolle Arbeit dauerhaft so sicherzustellen, dass sie handlungsfähig ist. Ihre Arbeit ist unverzichtbar.
11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, noch in der aktuellen Wahlperiode und von da an jährlich einen regelmäßigen Bericht über den Stand der Bekämpfung von Antiziganismus in Hessen vorzulegen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 26. November 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)